

Gesellschaft

Republik ohne Schleier

Beim Kopftuch in der Schule hört die Toleranz auf

MEDARD RITZENHOFEN*

Nationale Kontroversen sind das Salz in der politischen Kultur eines Landes. Mit der Passion für Polarisierung hat Frankreich schon immer seine politische und intellektuelle Geschichte zu würzen gewusst. Die jüngste Debatte – „une affaire purement française“ wie der englische Politologe Anthony Giddens anmerkte – schreibt diese Tradition mit einem erstaunlichen Kapitel fort. Ein Tuch ist der Stoff, aus dem ein „nationales Psychodrama“ („Le Monde“) gemacht wurde. Der Streitpunkt, ob muslimische Mädchen mit ihrem Kopftuch die Schule betreten dürfen, stilisiert die Republik einmal mehr zur Schicksalsfrage. Das Accessoire kann kaum verschleiern, dass es nicht um eine Mode, sondern ums Prinzip geht, um das Ethos der Republik, um die Selbstvergewisserung der nationalen Identität.

Tatsächlich bündeln sich in der Kopftuch-Debatte zentrale Herausforderungen der Gesellschaft: Laizität und Religionsfreiheit, Integration und Tradition, geschlechtliche Parität und Recht auf kulturelle Differenz, die Missstände der Banlieue und die Malaise der Republik. Dass der Streit um den Schleier in Frankreich sehr viel höhere Wellen schlägt als in Deutschland, wo sich die Diskussion um muslimische Lehrerinnen dreht, hat vor allem zwei Gründe: die fast sa-

krale Aura, die die laizistische Republik umgibt, und die Tatsache, dass Frankreich mit über fünf Millionen das Land mit den meisten Muslimen in der EU ist.

So konnte es nicht verwundern, dass nach zahlreichen Stellungnahmen von Intellektuellen und Wissenschaftlern sowie den Vorschlägen einer hochrangig besetzten Expertenkommission der Staatspräsident das Wort ergriff und in einer Grundsatzrede an die Nation den Streit entschied: Auffällige religiöse Symbole, die die Zugehörigkeit zu einem Glauben unmittelbar erkennen lassen, wozu islamische Kopftücher ebenso gehören wie jüdische Kippas oder größere christliche Kreuze, haben in öffentlichen Schulen nichts zu suchen. Gesetze und Prinzipien der laizistischen Republik dürfen „unter dem Deckmantel der religiösen Freiheit“ nicht angetastet werden: „L'école publique restera laïque.“ (Chirac).

„Le foulard“, „le tchador“, „le hidjab“ oder schlicht „le voile“, wie das islamische Kopftuch heute in aller Regel genannt wird, sorgt nicht erst in jüngster Zeit für Unruhe. Bereits 1989 machte die so genannte „Kopftuch-Affäre“ Schlagzeilen. In dem Jahr, in dem Frankreich das Bicentenaire seiner Revolution feierte und mit dem Fall der Berliner Mauer das Ende der Unterdrückung Osteuro-

* Medard Ritzenhofen lebt als freier Journalist in Paris / Straßburg.

pas eingeläutet wurde, nahmen sich in einer Kleinstadt nördlich von Paris drei maghrebinische Schülerinnen die Freiheit, mit dem Schleier in die Schule zu kommen. Die zwei 14- und 15-jährigen Schwestern aus Marokko und ihre tunesische Freundin beriefen sich auf Allah, doch der Direktor des Collège in Creil pochte auf die republikanische Laizität, die laut eines Gesetzes von 1937 „jede Zurschaustellung politischer oder religiöser Zugehörigkeit sowie jede Form von Proselytismus in der Schule verbietet“.

Nachdem der damalige Erziehungsminister Lionel Jospin vergeblich zu vermitteln versucht hatte, brachte er die Sache vor den Conseil d'État. Das oberste Verwaltungsgericht entschied darauf am 27. November 1989, dass „das Tragen von Zeichen, mit denen die Schüler ihre religiöse Zugehörigkeit zum Ausdruck bringen, als solches nicht unvereinbar mit dem Prinzip der Laizität“ sei. Für unzulässig erklärten die Richter dagegen, wenn diese religiösen Zeichen „in prahlerischer oder herausfordernder Weise“ zur Schau gestellt würden, da sie dann einen „Akt der Einschüchterung, der Provokation, des Proselytismus oder der Propaganda“ darstellten. Mit diesem Einerseits-anderseits-Urteil war der Ball wieder bei den Schulleitern, die die unscharfe Bestimmung pragmatisch umsetzten.

Islam à la française?

Dass der Schleier in jüngster Zeit erneut zum roten Tuch für die Republik wurde, kommt nicht von ungefähr. Der muslimische Bevölkerungsanteil Frankreichs hat sich in den letzten 15 Jahren so gut wie verdoppelt. Da ihre laizistische Verfasstheit der Republik demographische Erhebungen nach Religionszugehörigkeit verbietet, ist immer nur von Schätzungen die Rede. Ging man 1989 von rund 2,5 Millionen Muslimen aus, so wird deren Zahl heute gemeinhin auf fünf bis sechs Millionen beziffert. Die Zunahme

von rassistischen Gewaltakten in den letzten Jahren hat die Öffentlichkeit für die ethnisch-religiösen Konflikte sensibilisiert. Seit der zweiten Intifada gegen Israel im September 2000 identifizieren sich viele nordafrikanische Jugendliche in den Vorstädten mit dem Schicksal der Palästinenser. Das wiederum bekommen die Juden in Frankreich zu spüren, die sich immer häufiger Aggressionen ausgesetzt sehen.

Den Islam in Frankreich sofort mit Fundamentalismus in Verbindung zu bringen, verzerrt jedoch die Wirklichkeit. Nach Schätzungen praktizieren maximal 40 Prozent der französischen Muslime ihren Glauben und sind dabei weit entfernt, radikalen Islamisten Gehör zu schenken. Daneben aber nimmt die Zahl religiöser Eiferer zu. Diese finden vor allem in den suburbanen ethnischen Ghettos am Rande der Großstädte Zulauf, wo sie das von politischen und gewerkschaftlichen Aktivisten aufgegebenen Terrain besetzen.

Die wachsende Bedeutung des Islam bezeugt der im April letzten Jahres ins Leben gerufene „Conseil français du culte musulman“ (CFCM), der auf Betreiben von Innenminister Nicolas Sarkozy eingerichtete Dachverband der in viele Gruppierungen zersplitterten französischen Muslime (siehe DOKUMENTE, 1/2003, S. 64 und 3/2003, S. 59).

Die aktive Religionspolitik des Innenministers, der sich im Fernsehen für einen „préfet musulman“ aussprach, beunruhigt selbst Beobachter, die nicht in jedem religiösen Symbol eine Provokation der Republik vermuten. Die Idee, einen Beamten, der an der Spitze der Départements die Staatsgewalt verkörpert, aufgrund seiner Religion zu benennen, ist – laut Sarkozy selbst – ein Akt „positiver Diskriminierung“ in integrativer Absicht. Mit dem laizistischen Prinzip der Republik lässt sich das jedoch beim besten Willen nicht in Einklang bringen. Man muss nicht so weit gehen wie der Kardinal von Paris, Jean-Marie Lustiger, der im Islam bereits

„eine Staatsreligion“ sieht, oder wie die gaulistische Edelfeder Alain-Gérard Slama, der von einem „neuen Konkordat“ zwischen Staat und Islam spricht. Doch dass sowohl die größere Toleranz gegenüber religiös-kulturellen Eigenheiten als auch die politischen Offerten an den Islam auf Kosten des Laizismus gehen, lässt auch undogmatische Geister umdenken. So fordert mit Jack Lang der ehemals eifrigste und einflussreichste Förderer eines multikulturellen Frankreichs mittlerweile eine neue gesetzliche Verankerung der Laizität.

Laizität auf dem Prüfstand

Die Rückbesinnung auf die Werte der Republik ist die Reaktion auf eine tendenzielle Reislamisierung der zweitstärksten Glaubensgemeinschaft. Dass diese gegenläufige Entwicklung politischer Sensibilitäten dankbar von den Medien aufgegriffen wurde, liegt auf der Hand. Aufzuspüren, was sich alles an Ideologie und Subkultur hinter einem Schleier verbirgt, ist allemal ergiebiger, als die nackten Zahlen der Wirtschaftsbilanzen zu kommentieren. Umgekehrt geht den meisten Politikern ein kraftvolles Bekenntnis zur Republik leichter von den Lippen als das Eingeständnis mangelnder Inspiration bei der Reformpolitik.

Eine Reaktualisierung seiner historischen Dimension erfährt der Laizismus dadurch, dass sich die verfassungsrechtliche Trennung von Staat und Kirche im Dezember 2005 zum 100. Mal jährt. Den mit der Revolution von 1789 eingeschlagenen Weg einer politischen Emanzipierung von der jahrhundertalten Allianz von Thron und Altar vollendete die III. Republik 1905 mit der Selbstverpflichtung auf weltanschauliche Neutralität. Seitdem garantiert Frankreich als laizistischer Staat die Freiheit des Gewissens sowie die freie Ausübung der Religionen, enthält sich aber ausdrücklich jeglicher Anerkennung oder Unterstützung eines

Glaubens. Das in seiner Prägnanz singuläre Gesetz in Europa hatte zwei weitreichende Konsequenzen: Die Kirche büßte ihre finanzielle Grundversorgung über die Steuer ein und trat den Exodus aus dem Unterrichtswesen an. In der staatlichen Erziehung ist kein Platz für religiöse Unterweisung. In der Schule haben Symbole des Glaubens nichts zu suchen.

War die „Séparation des Églises et de l'État“ getragen vom einem antiklerikalen Impuls, so hat der französische Katholizismus längst seinen Frieden mit dem Laizismus gemacht. Die früher so stolze „älteste Tochter der Kirche“ arrangierte sich mit dem weltanschaulich neutralen Staat, zumal dieser nicht nur Restaurierung und Instandhaltung der Gotteshäuser übernahm, sondern es auch nicht an Zuwendungen für katholische Privatschulen fehlen ließ. Doch es sind nicht diese Schönheitsfehler eines „idéal laïque“, die allenthalben die Forderung laut werden lassen, „notre laïcité centenaire“ auf den Prüfstand zu stellen und möglicherweise neu zu definieren. Wenn es um die Tauglichkeit des Gesetzes geht, das vor 100 Jahren unter gänzlich anderen Rahmenbedingungen verabschiedet wurde, steht einzig und allein der Islam und sein Verhältnis zur Republik zur Debatte.

Und der Schleier liefert Schlagzeilen. Mit dem Stoff, der verhüllen soll, machen die Zeitungen auf. Dabei bezifferte Innenminister Sarkozy die Zahl der „jeunes filles voilées“ im November nur auf 1 256, wobei es in 20 Fällen Konflikte mit den jeweiligen Schulen gegeben habe und lediglich vier Schülerinnen vom Unterricht ausgeschlossen worden seien. Da in der anschwellenden Kakophonie der Schleier trotzdem zum Symbol einer gescheiterten Integrationspolitik hochgespielt wurde, sah sich Staatspräsident Jacques Chirac veranlasst, Anfang Juli 2003 eine Kommission „pour la laïcité dans la République“ einzusetzen. In der Expertengruppe unter Vorsitz des Bürgerbeauftragten („médiateur“)

Bernard Stasi waren mit dem erzrepublikanischen Tugendwächter Régis Debray, dem katholischen Doyen der Historiker René Remond, dem liberalen Patriarchen der Soziologie Alain Touraine oder dem ehemaligen Sorbonne-Professor für islamisches Denken Mohammed Arkoun einige der brilliantesten Köpfe der Republik versammelt. Nur ein erklärter Anwalt muslimischer Traditionen war nicht vertreten.

Die 20 Weisen legten nach einem halben Jahr am 11. Dezember einen ebenso umfassenden wie gedankenreichen „rapport sur la laïcité“ vor, dessen Empfehlungen freilich kaum Überraschungen enthielten. Die Kernaussage besteht darin, dass an staatlichen Schulen Zeichen und Kleidungsstücke, die eine religiöse oder politische Zugehörigkeit bezeugen, verboten sind. Diskrete Insignien wie kleine Kreuze, Davidsterne oder Fatima-Händchen sollen weiterhin toleriert werden. Damit verschärfte die „Commission Stasi“ die Bestimmungen gegenüber den Richtlinien des Conseil d'État. Hatte dieser 1989 lediglich „prahlerische oder herausfordernde“ („ostentatoire ou revendicatif“) Zeichen als inakzeptabel bezeichnet, so sollen jetzt bereits „offenkundige“ („ostensible“) Zeichen aus der Schule verbannt werden. Der Bericht hat nichts weniger im Sinn, als bei seinen Empfehlungen zur Laizität in erster Linie den Islam in die Schranken zu weisen. Denn wenn es um „les signes ostensibles, tels que grande croix, voile ou kippa“ geht, kann über die Hauptbetroffenen kein Zweifel bestehen. Wird man doch nicht einmal in katholischen Privatschulen einen Schüler finden, der mit einem „großen Kreuz“ herumläuft.

Ihren „Respekt vor der spirituellen Pluralität“ der Nation tat die Kommission nachdrücklich kund, indem sie sich dafür aussprach, das jüdische Jom-Kippur-Fest und das Ende der muslimischen Fastenzeit Aid-al-Kebir als allgemein schulfreie Tage zu begehren. War es dieser unerwartete Vorstoß zugunsten nicht-christlicher Feste, der am

ehesten aufhorchen ließ, so war es auch der einzige Punkt, bei dem Präsident Chirac nicht gewillt war, dem Gremium zu folgen. Zweifellos wäre es eine starke Geste, wenn das im katholischen Glauben wurzelnde Frankreich als laizistischer Staat, der innerhalb der EU nicht nur die meisten Muslime, sondern auch die stärkste jüdische Gemeinschaft zählt, zwei von deren Feiertagen einführt. Sehr viel mehr als eine Kompensation für „la prohibition du voile“ („Le Monde“) wäre dies ein Ausweis der Reife der Republik in religiösen Fragen. Da jedoch die Raffarin-Regierung erst kürzlich den Pfingstmontag zur Finanzierung der Pflegeversicherung als Feiertag gestrichen hatte, hätte die Institutionalisierung muslimischer und jüdischer Feste die noch immer mehrheitlich christliche Nation vor den Kopf gestoßen.

Chiracs „grand coup“

Darüber hinaus prägte das Gutachten die Grundsatzrede zum Verhältnis von Staat und Religion, mit der sich der Präsident am 17. Dezember an die Nation wandte. Dieser „discours très solennel“ („Le Figaro“) wird zweifelsohne als Markstein der Amtszeit Chiracs in Erinnerung bleiben. Der dienstälteste Staatsmann Europas, der sich seine politischen Sporen unter *de Gaulle* erworben hatte, bot seinen gesamten Erfahrungsschatz politischer Rhetorik auf, um die Republik nicht vom unwandelbaren Weg rechtgläubiger Laizität abkommen zu lassen. Da fehlten weder die großen Etappen der französischen Geschichte wie das Edikt von Nantes, die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte oder der Kampf für die Rehabilitierung des jüdischen Offiziers *Dreyfus* noch die unvermeidliche gaullistische Beschwörung: „j'appelle toutes les Françaises et tous les Français à se rassembler.“

Gerade weil er zunächst die „Diversität“ des französischen Volkes in puncto Religionen, Regionen und Einwanderungswellen

als Bereicherung der nationalen Identität hervorhob, ließ Chirac an den unverrückbaren Werten der Republik umso weniger Zweifel aufkommen. Das laizistische Prinzip ist „nicht verhandelbar“. Das gilt ebenso für die Schule wie für Krankenhäuser, wo sich muslimische Frauen nicht mehr aufgrund religiöser Traditionen weigern dürfen, sich von männlichen Ärzten behandeln zu lassen. Nachdrücklicher als je zuvor beschwor der Präsident das bewährte Staatsbürgerideal, mit dem allein die gesellschaftlichen Herausforderungen bewältigt werden könnten. Ohne neue Horizonte aufzureißen, packte Chirac in seiner Tour d'horizon der französischen Geschichte, Ideale und Besonderheiten seiner Landsleute gleichsam bei der republikanischen Ehre, die es ohne Wenn und Aber zu verteidigen gelte.

„Tout ça pour ça“, hielt „Le Monde“ nüchtern dagegen. Der Soziologe Edgar Morin befand, man habe im Kopftuchstreit einen Presslufthammer hergenommen, um ein Ei zu öffnen. Immerhin erklärten in einer Umfrage vom November 81 Prozent der befragten Musliminnen, den Schleier draußen überhaupt nicht zu tragen. Worum geht es dann eigentlich? Um 1 200 Mädchen, die unter insgesamt 12 Millionen französischen Schülern nicht ohne Kopftuch das cartesiansche „Cogito ergo sum“ oder den Satz des Pythagoras vermittelt bekommen wollen? Wobei in der Debatte nicht einmal Einvernehmen darüber besteht, ob die jungen Musliminnen den Schleier auf Anordnung ihrer Väter und Brüder tragen oder aus freien Stücken, um sich gegen aufdringliche Blicke zu verwahren. Altgediente Vorkämpferinnen der Emanzipation haben leicht reden, wenn sie den Schleier als Sinnbild patriarchalischer Unterdrückung verdammen. Doch könnte nicht gerade das Kopftuch der souveräne Protest einer jungen Generation in einer säkularen Gesellschaft sein, deren Väter und Mütter sämtliche Verbote in Frage stellten? Wie soll eine Jugend aufbegehren in einer

Zeit, die alle Dogmen, Grenzen und Tabus außer Kraft setzt? Ganz zu schweigen davon, dass in einer Gesellschaft, die die Entblößung bis zur Langweile kultiviert hat, der Charme eines Schleiers unmittelbar ins Auge sticht. Wenn die Hermeneutik des Kopftuches auch noch zu schreiben bleibt, so dürfte mit dem Soziologen Alain Touraine über die „absolute Priorität“ kein Zweifel bestehen: „Unterstützen wir die jungen verschleierte Frauen gegen die doppelte Demütigung, die sie ertragen: die der islamischen Integristen und die der araberfeindlichen Franzosen.“

Zweifelsohne hat der Präsident „la queue du voile“ erst durch das Einsetzen einer Kommission und den „grand coup“ („Le Monde“) seiner Intervention zur Staatsaffäre gemacht. Doch wo sich die Medien und Meinungsmacher so vehement und vielstimmig ins Zeug legten wie bei der republikanischen Correctness der Kleiderordnung konnte die Politik nicht außen vor bleiben. Nicht zu reden von jenen Schulleitern, die sich bei der delikaten Behandlung verschleierter Mädchen klare Vorgaben von der Politik wünschten. Zudem stand zu befürchten, dass angesichts der bevorstehenden Wahlen sich der nimmermüde Jean-Marie Le Pen des Themas auf seine Weise bemächtigen würde. Mitten in der ersten Kopftuch-Affäre von 1989 hatte der Front National schon einmal in zwei lokalen Nachwahlen punkten können, indem er mit der „Islamisierung Frankreichs“ Stimmung machte.

Citoyenneté versus Communautarisme

Jacques Chirac hat die Sache mit dem Tuch hoch gehängt, aber er hat Flagge gezeigt. „La République française s'est construite autour de la laïcité“ betont der erste Satz des „Stasi-Berichts“. Wenn der tragende Pfeiler der Republik ins Gerede kommt, darf deren Oberster Hüter nicht schweigen. Zu Recht legen Expertengremium und Präsident Wert auf die

Feststellung, dass die Freiheit des Glaubens und die weltanschauliche Neutralität des Staates die zwei Seiten des Laizismus sind. Dass der Grat zwischen Toleranz gegenüber anderen Religionen und der Treue zu eigenen Grundwerten äußerst schmal sein kann, versinnbildlicht gerade das islamische Kopftuch. Im Zweifel aber verläuft die Grenze dort, wo ein kultureller „communitarisme“ die republikanische „citoyenneté“ zu unterlaufen beginnt. Dass der Staatspräsident sich in Übereinstimmung mit einer Mehrheit seiner Landsleute befindet, belegen Meinungsumfragen. Demnach befürworten zwei Drittel der Franzosen ein Verbot demonstrativer religiöser Zeichen an öffentlichen Schulen. Bei den französischen Muslimen teilen 53 Prozent diese Meinung.

Der häufig zu hörende Vorwurf, die Beschwörung des Laizismus sei vor allem gegen den Islam gerichtet, ist nicht völlig aus der Luft gegriffen, liegt aber in der Natur der Sache. Unter allen Religionen ist es allein der Islam, der in der laizistischen Republik Anstoß erregt. Das kann auch gar nicht anders sein, treffen doch zwei Extreme aufeinander. Einerseits gibt es kein anderes Land, das in solchem Brustton laizistischer Überzeugung die Trennung von Religion und res publica verteidigt. Andererseits ist es mit dem Islam die jüngste der drei monotheistischen Religionen, in der Glaube, Recht und Politik zu einer organischen Einheit im Namen Allahs verschmelzen. Anders als in der Türkei hat die arabische Welt den Modernisierungsschub einer umfassenden Säkularisierung nie erlebt.

In gewisser Weise steht auch dem Islam in Frankreich seine republikanische Reifprüfung noch bevor. Jacques Chirac hat mit seinem feierlichen Bekenntnis zur Laizität die muslimischen Citoyens vor jene Gretchenfrage gestellt, die Katholiken, Juden, Orthodoxe und Buddhisten bereits beantwortet haben.

Dies als islamophobe Schulmeisterei zu kritisieren, verkennt die Lebenswelten der Muslime in Frankreich. Mangelnde Toleranz muss sich die Republik nicht vorwerfen lassen. „La France des mosquées“ – so ein Buchtitel von 2002 – zählt 1 400 offizielle „lieux de culte“. Mit dem „Conseil français du culte musulman“ besitzt auch „die jüngste Religion auf unserem Boden“ (Chirac) ein dem katholischen Episkopat und dem Rat der jüdischen Institutionen vergleichbares Zentralorgan. Offizielle Gespräche über staatliche Förderungen beim Bau von Moscheen und öffentliche Schulen für Imame sind im Gange.

Bei aller unverschleierte Streitlust, die sich häufig in semantischen Spitzfindigkeiten um ostentative, augenfällige und sichtbare religiöse Zeichen erschöpft, sollte ein zentraler Gesichtspunkt nicht aus dem Blickfeld geraten: Dem Kopftuch geht es nicht an den Kragen. Den Musliminnen steht es in Frankreich fast überall frei, in der Öffentlichkeit mit einem Schleier aufzutreten. In der Schule aber bleibt das Tuch verboten. Nicht umsonst betonte Jacques Chirac in seiner Rede: „L'école est un sanctuaire républicain que nous devons défendre ...“

Es dürfte nicht zuviel verlangt sein, wenn der Islam mit seinem ausgeprägten Bewusstsein für Traditionen dem Heiligtum der Republik Respekt erweist. So sieht es im Übrigen auch die höchste Autorität des sunnitischen Islams, der Scheich der Al-Azhar-Universität in Kairo Muhammad Sajjid Tantaoui, der Frankreich das Recht zugestand, den Schleier als religiöses Zeichen zu verbieten. Das hinderte mehr als 1 000 französische Musliminnen nicht, gegen das sie betreffende Gesetz zu protestieren. Als Ort für ihre Kundgebung am 21. Dezember in Paris hatten die Töchter Allahs die Place de la République gewählt. Der Streit um das Tuch wird wohl weitergehen.